



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 173. Ratssitzung vom 17. Dezember 2025

5618. 2025/110

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.03.2025: Deutliche Anhebung der Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern sowie Prüfung einer Anpassung der organisatorischen Rahmenbedingungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4421/2025): Die Bevölkerung hat am 17. November 2019 über den Gegenvorschlag zur 1%-Initiative gegen globale Armut abgestimmt. Diese hatte verlangt, dass 0,3 bis 1 Steuerprozent dafür eingesetzt wird. Dieser Gegenvorschlag wurde mit 69,7 Prozent klar angenommen. Es ist unverständlich, dass wir sechs Jahre nach der Annahme des Gegenvorschlags noch nicht einmal in der Hälfte zwischen 0,3 und 1 Prozent sind. 0,65 Prozent wären 14,04 Millionen Franken. Gemäss Budget 2026 haben wir 12 Millionen Franken eingestellt. Die Entwicklungszusammenarbeit wurde noch wichtiger in den letzten Jahren, weil sich multiple globale Krisen gleichzeitig verschärft haben – insbesondere bewaffnete Konflikte, Klimakrise, Hunger, Pandemie und zunehmende Überschuldung der Länder des globalen Südens. Gleichzeitig wirken sich geopolitische Realitäten und Kürzungen öffentlicher Budgets negativ auf die multilateralen Institutionen aus. Zudem hatten wir in den letzten zehn Jahren immer einen Budgetüberschuss. Wir fordern deshalb mit dem Postulat, dies zu korrigieren. Im nächsten Budget soll eine klare Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeitseingelder eingeplant werden. Wir haben dies nicht in die Budgetberatung vergangener Woche eingebracht, weil auch die Stadtverwaltung überlegen muss, ob organisatorische Anpassungen nötig sind. Ich danke euch für die Zustimmung.

Përparim Avdili (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 2. April 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Die Postulanten befürchten offenbar, dass nach dem 8. März neue Mehrheitsverhältnisse in Gemeinde- und Stadtrat vorherrschen werden. In der Budgetdebatte von letzter Woche wurde ein Betrag eingestellt. Es ist ein Prüfauftrag, den ihr mit eurer parlamentarischen Mehrheit bereits umgesetzt habt. Er geht entgegen der finanzpolitischen Realität, weshalb wir den Vorstoss ablehnen. Im Abstimmungskampf wurde kommuniziert, dass der Beitrag immer in Abhängigkeit der finanzpolitischen Möglichkeiten der Stadt Zürich definiert wird. Wir haben ein tiefrotes Minus budgetiert. Wir haben einen Schuldenberg, den ihr noch weiter erhöht habt. Ich weiss nicht, wie ihr



die Kaufkraft der Stadtbevölkerung sichern wollt, während ihr gleichzeitig finanzielle Beiträge für Entwicklungsländer erhöht. Es braucht Entwicklungshilfe und die Schweiz hat viel Know-how, um diese zu leisten – allerdings auf Bundesebene. In der Stadt Zürich führt sie zu Verwaltungsaufwand und die Gelder werden intern festgehalten, statt das Maximum in die Projekte zu lenken. Lehnen Sie den Vorschussbeitrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Haselbach (Die Mitte): Unbestritten ist die humanitäre Lage weltweit vielerorts katastrophal. Die Situation scheint sich stetig zu verschlechtern. Aus dieser Feststellung ergibt sich noch nicht, wie viele Beiträge die Stadt Zürich zugunsten von Entwicklungsländern sprechen soll. Eine Orientierung leistet der angenommene Gegenvorschlag zur 1%-Initiative. Dieser besagt, dass zwischen 0,3 und 1 Prozent dafür ausgegeben werden soll. Die Bandbreite wurde festgelegt. Die Stimmbürger haben nicht gesagt, der Betrag solle sich genau in der Mitte bewegen. In dieser Bandbreite liegt der Vorschlag des Stadtrats von 10 Millionen Franken im Budget 2026. Der Gemeinderat hat den Betrag auf 12 Millionen Franken erhöht. Damit landen wir ungefähr in der Mitte des vorgegebenen Intervalls. Der Betrag wurde in den letzten Jahren regelmässig erhöht; von 8 über 10 auf neu 12 Millionen Franken. Die Fraktion Die Mitte/EVP findet das Postulat unnötig und lehnt es ab.

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP wollte ursprünglich eine Textänderung beantragen und hoffte, sich auf einen Betrag einigen zu können. In der Budgetdebatte haben wir gesehen, dass dies nicht mehr möglich ist. Links geht es darum, dass Maximum des Gegenvorschlags zu erreichen. Auch die GLP war für den Gegenvorschlag, der dem Stadtrat einen Handlungsspielraum zwischen 0,3 und 1 Prozent gibt. Der Gemeinderat hat seine Meinung geändert und schreibt dem Stadtrat den exakten Betrag vor. Vermutlich fände der Gemeinderat auch einen Weg, 1 Prozent zu überschreiten. Doch weshalb fordert ihr nicht 1 Prozent? Ihr sagt, es bräuhete organisatorische Anpassungen. Ich weiss nichts davon. Im Rahmen des Gegenvorschlags haben wir alles neu organisiert. Wir haben die Zuständigkeit vom Finanzdepartement ins Präsidialdepartement verschoben. Wir haben eine neue Organisationsform aufgebaut. Wir haben entschieden, uns am Bund zu orientieren. Doch ihr getraut euch nicht, das Geld auszugeben. Vielleicht glaubt ihr doch noch, was STR Daniel Leupi uns sagt; dass unsere Finanzen nicht so traumhaft im Lot sind, wie ihr uns hier jede Woche erzählen wollt. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen 10 Millionen Franken haben wir mitgetragen, die Erhöhung jedoch nicht. Wenn Sie auf die 21 Millionen Franken, die 1 Prozent entsprechen würden, zusteuern, dann tun Sie dies. Wenn es dafür Stellen in der Verwaltung braucht, dann beantragen Sie diese. Seien Sie sonst so mutig, das Zeichen per Motion zu setzen. Lehnen Sie das Postulat ab.

Selina Walgis (Grüne): Es wurde die Frage gestellt, weshalb wir das Maximum an Stelle des Minimums des Volksentscheids anstreben. Die Antwort lautet, dass sich die globalen Herausforderungen seit dem Volksentscheid im Jahr 2019 weiter verschärft haben. Besonders die Länder im globalen Süden leiden überproportional unter den Folgen der Klimakrise, obwohl sie am wenigsten zu ihr beitragen haben. Daraus erwächst auch eine



3 / 3

besondere Verantwortung für die Stadt Zürich. Deshalb sollten wir nicht darüber diskutieren, ob wir die Unterstützung leisten, sondern wann und wie sie erhöht wird. Wir wollen dies mit einer klaren Strategie angehen. Der Vorstoss verbindet zudem die internationale Solidarität mit der demokratischen Legitimation und kann eine wirkungsvollere Entwicklungszusammenarbeit leisten, weil das Vorgehen und das Ziel feststehen. Die Grünen bitten darum, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Tanja Maag (AL): *Sven Sobernheims (GLP) Anregung, dass die Forderung der 21 Millionen Franken ehrlich wäre, nehme ich auf. Damit kämen wir jedoch vermutlich nicht zum Ziel. Nach sechs Jahren eine organisatorische Anpassung vorzunehmen und den Prozess zu evaluieren, ist nicht verfehlt. Der gesprochene Betrag befindet sich im Mittelfeld und wir wissen, dass der Stadtrat dieses Geld tatsächlich einsetzen kann. Das Postulat schafft zusätzliche Verbindlichkeit, um den Volkswillen mit dem Gegenvorschlag umzusetzen.*

Stefan Urech (SVP): *Sie blähen nicht nur alle Staatsaufgaben auf städtischer Ebene auf, sondern übernehmen auch noch kantonale und eidgenössische Aufgaben. Die Finanzen, das Budget und der Schuldenberg der Stadt Zürich sind Ihnen relativ egal. Sie wollen die ganze Welt retten, bevor Sie die Finanzen in dieser Stadt in Ordnung bringen.*

Das Postulat wird mit 61 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat